

3971/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 20.03.2024

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Petra Tanzler,

Genossinnen und Genossen

betreffend „Anti- Teuerungsmaßnahmen im Bildungsbereich!“

Die hohe Inflation der letzten Jahre ist für Familien in Österreich längst spürbar. Um die Grundaufgaben weiterhin finanzieren zu können, wird versucht in anderen Bereichen massiv einzusparen. Ein kompakter Plan zur Bekämpfung der Teuerung oder ausreichende Unterstützungsmaßnahmen fehlen bisher. Ein Großteil der Bevölkerung fühlt sich von der Regierung im Stich gelassen.

Es ist allgemein bekannt, dass Bildung - aber auch der Besuch von Schule selbst - mit Kosten verbunden ist. Laut einer Zwischenauswertung der Schulkostenstudie der Arbeiterkammer hat knapp die Hälfte der Eltern das Gefühl die Kinder nicht, oder nicht genug unterstützen zu können. Je höher die Schulstufe und Schulform, desto teurer kommt ein Schuljahr. Für Eltern mit niedrigem Einkommen machen die Schulkosten im Schnitt 12% ihres Gesamteinkommens aus. Außerdem wird im Vergleich der erhobenen Zahlen zu jenen aus den Vorjahren offensichtlich, dass sich die Teilhabe am schulischen Unterricht immer weiter verteuert hat.

Es ist nichts Neues, dass im Verlauf eines Schuljahres eine Vielzahl zusätzlicher finanzieller Belastungen auf die Eltern zukommen können. Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten und der allgemeinen Teuerung wird die finanzielle Herausforderung jedoch zunehmend schwerwiegender. Von Schulmaterialien bis hin zu Beiträgen für die Klassenkasse und Zahlungen für Schulveranstaltungen wie Sportwochen – die Liste der Ausgaben ist lang und belastend. Darüber hinaus entstehen Kosten für Druckbeiträge, Sport- oder Musikurse, Essensgeld und die ganztägige Betreuung. Diese finanzielle Belastung wird durch die Aussicht auf weitere Kostensteigerungen im kommenden Schuljahr noch verstärkt. Ähnliche Entwicklungen sind auch in elementarpädagogischen Einrichtungen zu erwarten. Es wird somit deutlich, dass die Teuerung die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an Bildungsaktivitäten noch weiter einschränken könnte.

Um die Ausbildungssituation der Kinder in Österreich gerechter zu gestalten und ein uneingeschränktes Recht auf Bildung auch tatsächlich zu gewährleisten, braucht es vor allem in Anbetracht der immensen Teuerung dringend Maßnahmen vonseiten des Bundes. Aus diesem Grund wird ein Paket vorgeschlagen, welches zumindest folgende Punkte beinhaltet:

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

- **Kostenfreie, verschränkte Ganztagschulen inklusive qualitativ hochwertigem warmen Mittagessen**
Die Ganztagschule muss für jedes Kind in Österreich gratis zur Verfügung stehen, da es allen Familien finanziell möglich sein sollte, dass ihre Kinder eine ganztägige Schulform besuchen. Zusätzlich sind die Kosten für ein gemeinsames, vollwertiges Mittagessen hier einzubeziehen. Dies ist auch aus medizinischer und ernährungspädagogischer Sicht unumgänglich.
- **Ausweitung der Schulbeihilfe**
Nur rund 35.000 Personen (Schuljahr 2021/22) haben in Österreich Schulbeihilfe bezogen, auch wenn der Bedarf deutlich höher wäre und stetig steigt. Der Bezieher:innenkreis muss daher dringend ausgeweitet werden.
- **Lehrkräftebudget für Schulmaterialien**
Lehrkräfte und Eltern kaufen oft für ihre Klasse, bzw. die Kinder in der Klasse ein. Wäre die Bereitschaft zur eigenen Investition und der Einsatz von ihnen nicht so groß, wäre der Lebensraum Schule um ein Vielfaches schlechter ausgestattet. Wenn aufgrund der Umstände kaum Geld zur Verfügung steht, wirkt sich das auf die Materialvielfalt aus. Mühsame Verrechnungssysteme tun ihr übriges. In Folge stehen den Kindern weniger Utensilien zur Verfügung. Dem kann nur mit einem eigens zur Anschaffung von Schulmaterialien- und Ausstattung eingerichteten Budget für klassenführende Lehrkräfte, welches unbürokratisch verwendet werden kann, entgegengewirkt werden.
- **Streichung der Selbstbehalte bei digitalen Endgeräten**
Gemäß SchDigiG ist von Erziehungsberechtigten für die verpflichtende (!) Anschaffung von Laptops im Rahmen der Digitalisierungsoffensive in den 5. und 6. Schulstufen ein Eigenanteil von 25% des Gerätepreises zu zahlen. Anschaffungskosten im Rahmen des Schulbetriebes dürfen aber nicht zu einer zusätzlichen familiären Belastung werden. Das Ministerium hat daher die vollen Kosten der sich selbst auferlegten Digitalisierungsoffensive zu tragen.
- **Österreichweite gratis Verkehrsmittelbenützung im Zuge von Schulveranstaltungen**
Pflichtschüler:innen sollen grundsätzlich für alle Schulveranstaltungen (Exkursionen, Schwimmunterricht uvm.) freie Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erhalten. Die familiären Ausgaben für Schulveranstaltungen, aber auch der administrative Mehraufwand für Lehrpersonen, können so geringer gehalten werden. Die Kosten hierfür sind vom Bund zu tragen.

Der Intention dieser Forderungspunkte folgend, ist die Bundesregierung aufgefordert, das Vertrauen in eine leistbare Zukunft herzustellen, Maßnahmen für Familien zu setzen, Kinder und Jugendliche vor Armut zu schützen und die Umsetzung ihres Rechts auf Bildung zu gewährleisten.

Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, dem Nationalrat ein Maßnahmenpaket für Schüler:innen und ihre Eltern vorzulegen, um diese angesichts der hohen Inflation deutlich zu entlasten. Das Paket soll jedenfalls enthalten:

- Kostenfreie, verschränkte Ganztagschulen inklusive qualitativ hochwertigem warmen Mittagessen
- Ausweitung der Schüler:innenbeihilfe
- Lehrkräftebudget für Schulmaterialien
- Streichung der Selbstbehalte bei digitalen Endgeräten
- Österreichweite gratis Verkehrsmittelbenützung im Zuge von Schulveranstaltungen.“

In formeller Hinsicht wird um Zuweisung an den Unterrichtsausschuss ersucht.